

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE)

vom 15. April 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. April 2014) und **Antwort**

Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zum Thema Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) zum Thema Proteste/Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte, auf welche die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke verweist (Bundestags-Drs. 18/203, Fragen 12,13), konkret aus?

Zu 1.: Mit der seit dem Sommer 2013 erfolgten, auch öffentlich thematisierten, Fokussierung der „rechten Szene“ auf die Asylpolitik und damit einhergehend auf die Gemeinschaftsunterkünfte, sind diese Aktivitäten regelmäßiger Bestandteil der Sitzungen im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR).

Mit Beteiligung der Polizei Berlin und des Berliner Verfassungsschutzes erfolgt dort regelmäßig eine Erörterung der im Kontext der Asylthematik relevanten beziehungsweise damit im Zusammenhang stehenden Straftaten sowie sonstiger relevanter Entwicklungen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK)-rechts beziehungsweise des Rechtsextremismus, um einen umfassenden und schnellen Informationsaustausch unter allen zuständigen Behörden des Bundes und der Länder sowie eine Abstimmung - soweit erforderlich - zu entsprechenden strategischen und operativen Fragestellungen zu gewährleisten.

2. Welche Daten oder andere Informationen werden zu diesem Thema im GAR zwischen Bund und Ländern ausgetauscht?

Zu 2.: Es werden alle relevanten Informationen der beteiligten Behörden in der individuell sachverhaltsbezogenen Tiefe ausgetauscht, die zum jeweiligen Ermittlungsstand unter Beachtung der geltenden Vorschriften des Bundes und der Länder für einen Austausch geeignet sind.

3. Wann wurden welche Übergriffe und Vorkommnisse, die sich gegen Berliner Asylunterkünfte oder deren Bewohner und Angestellte richteten, an das GAR durch welche Stellen der Berliner Sicherheitsbehörden gemeldet (bitte einzeln auflisten)?

Zu 3.: Der Informationsaustausch im GAR erfolgt themenbezogen nach Maßgabe der berichtenden Stelle. Die eingebrachten Sachverhalte dienen dabei dem wechselseitigen Austausch von Informationen, nicht aber einer Meldeberichterstattung. Diese erfolgt auf den vorgesehenen Meldewegen anderweitig. Das GAR ist primär keine Meldedienststelle. Eine Erfassung entsprechender Vorfälle wird daher nicht vorgenommen.

4. Werden nur Vorkommnisse an das GAR gemeldet, wenn es sich um eine eindeutig zuzurechnende rechtsextreme bzw. fremdenfeindlich motivierte Tat handelt, oder werden auch Verdachtsfälle an das GAR gemeldet?

Zu 4.: Im GAR werden auch nicht eindeutig zuzurechnende Vorkommnisse im Zusammenhang mit Gemeinschaftsunterkünften erörtert. Auch hier dient das GAR dem Informationsaustausch und nicht einer Meldeberichterstattung.

5. Welche Beamte von welchen Stellen der Berliner Sicherheitsbehörden haben an welchen Sitzungen des GAR seit dem 01.01.2013 teilgenommen? An welchen Sitzungen des GAR haben keine Beamten von Berliner Sicherheitsbehörden teilgenommen (bitte einzeln auflisten)?

Zu 5.: Jeweils eine ständige Verbindungsbeamtin bzw. ein Verbindungsbeamter der Abt. II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und eine ständige Verbindungsbeamtin bzw. ein Verbindungsbeamter der Polizei Berlin sind im GAR präsent und nehmen regelmäßig an den Sitzungen des GAR, insbesondere den Lagebesprechungen

gen teil. Die Teilnahme an den Besprechungen und Sitzungen im GAR wird nicht gesondert erfasst.

6. Auf welchen Sitzungen im GAR wurde die Sicherheitslage von Asylunterkünften thematisiert und welche strategischen und operativen Fragestellungen wurden diskutiert?

Zu 6.: Grundsätzlich erfolgt in den Lagebesprechungen des GAR anlassbezogen die Thematisierung der Sicherheitslage von Gemeinschaftsunterkünften im Besonderen und bei Bedarf auch im Einzelnen. Eine gesonderte Aufstellung dazu liegt nicht vor.

7. Wie wurden diese im GAR gewonnenen Erkenntnisse und Einschätzungen in die Berliner Sicherheitsbehörden hinein vermittelt?

Zu 7.: Zwischen dem GAR bzw. den ständigen Verbindungsbeamtinnen und -beamten des Berliner Senats und den zuständigen Dienststellen der Berliner Polizei bzw. des Verfassungsschutzes erfolgt als „Produkt“ der GAR-Sitzungen ein regelmäßiger Austausch sicherheitsrelevanter Informationen, um einen umfassenderen Überblick zur Sicherheitslage zu verschaffen oder um ggf. operative Fragestellungen zu erörtern.

8. Auf welche Weise wurden die für die Genehmigung und für den Betrieb zuständigen Behörden auf Berliner Landesebene sensibilisiert?

Zu 8.: Zwischen den örtlichen Polizeidienststellen und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LA-GeSo) sowie den Betreibern der Gemeinschaftsunterkünfte erfolgt, überwiegend anlassbezogen, ein Informationsaustausch auch zur Sicherheitslage. Der Berliner Verfassungsschutz hat frühzeitig öffentlich auf die rechtsextremistische Agitation in Form der virtuellen Bürgerbewegungen sowie die Teilnahme von Rechtsextremisten an Veranstaltungen gegen die Flüchtlingsunterkünfte hingewiesen.

9. Wie wurden die örtlichen Polizeistellen in Berlin sensibilisiert?

Zu 9.: Das Landeskriminalamt Berlin führt seit Mitte August 2013 zu dieser speziellen Thematik regelmäßige Informationsrunden durch, an denen örtliche Polizeidienststellen beteiligt sind, um einen sachgerechten Informationsaustausch, auch in Bezug auf die Erkenntnisse aus dem GAR, zu gewährleisten.

10. Wird derzeit, wie es die Antwort des Senats in der Drs. 17/13213 vermuten lässt, an einer systematischen Erfassung von Angriffen auf bzw. Straftaten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte – z.B. im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – gearbeitet und wenn ja,

- a. warum geschieht dies erst jetzt und nicht bereits in den 1990er Jahren?
- b. wie ist der diesbezügliche Sachstand?
- c. welche Erfassungskriterien werden dabei berücksichtigt?
- d. wann ist mit dem Abschluss der Erarbeitung der Erfassungskriterien zu rechnen?
- e. wann ist mit Bereitstellung von entsprechenden Daten zu rechnen?

Zu 10.: Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die sich gegen eine Flüchtlings- oder Asylunterkunft richteten, werden bereits seit 1990 statistisch erfasst, konnten jedoch bislang nicht trennscharf zu den sonstigen Taten der PMK ausgewertet werden, die zwar im Zusammenhang mit dem Thema Flüchtlings- und Asylpolitik standen, sich jedoch nicht explizit gegen eine Gemeinschaftsunterkunft richteten.

Zu a.: Seitdem die rechte Szene geplante oder vorhandene Gemeinschaftsunterkünfte verstärkt thematisiert und damit einhergehend auch vermehrt Straftaten der PMK begangen werden, wurde - auch aufgrund vermehrter Anfragen aus dem politischen Raum zu diesem Thema - das Erfordernis gesehen, diese Fälle gezielt statistisch abfragen zu können.

Zu b.: Rückwirkend zum 1. Januar 2014 wurde ein bundeseinheitlich definiertes Unterthema „gegen Asylunterkünfte“ im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) eingeführt.

Zu c.: Das Unterthema „gegen Asylunterkünfte“ ist dann zu vergeben, wenn sich eine Straftat der PMK gegen im Bau befindliche sowie geplante Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte von Asylbegehrenden, Asylberechtigten und Personen mit Flüchtlingsschutz richtet bzw. wenn die Tat gegen den genannten Personenkreis innerhalb der Unterkunft gerichtet ist.

Zu d.: Die Erfassungskriterien sind erarbeitet. Im Rahmen der Evaluierung ist eine Modifizierung bei Bekanntwerden neuer Phänomene in diesem Themenzusammenhang nicht auszuschließen.

Zu e.: Die retrograde Überprüfung aller PMK-Taten im Zusammenhang mit dem Thema Flüchtlings- und Asylpolitik dauert derzeit noch an. Valide Aussagen, wann erstmalig verlässliche statistische Daten zur Verfügung gestellt werden können, sind derzeit nicht möglich.

Berlin, den 2. Mai 2014

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Mai. 2014)